

## KOLUMNE

---

# Das Ende der direkten Demokratie

**CHRISTOPH MÖRGELI**

Historiker und SVP-Nationalrat, Üriikon

Aufschlussreich äusserte sich Carlo Trojan – neuer EU-Delegierter bei der World Trade Organisation (WTO) in Genf – gegenüber der „International Herald Tribune“. Nach Meinung dieses hohen Funktionärs ist die direkte Demokratie der Schweiz ein klares „Hindernis“ für deren EU-Mitgliedschaft. Trojan wörtlich: „Ein Beitritt zur Europäischen Union bedeutet hundertprozentige Befolgung der Brüsseler Entscheide, und man kann diese nicht von einer Volksabstimmung abhängig machen.“

Während sich hierzulande EDA-Beamte, Staatsrechtler und EU-Fans unter den Politikern immer noch als Nebelwerfer betätigen, spricht hier ein Diplomat und diplomatischen Klartext: Ohne Aufgabe der direkten Demokratie kein EU-Beitritt! Dennoch wird dem Schweizervolk von offizieller Seite vorgegaukelt, im Falle einer EU-Mitgliedschaft wären noch immer 80 Prozent unserer Volksabstimmungen erlaubt. Diese Milchbüchlirechnung kann mich nicht im geringsten beruhigen, denn ich weiss, dass es wichtige und weniger wichtige Vorlagen gibt und dass mir genau jene 20 Prozent, welche die EU nicht mehr zuliesse, am meisten am Herzen liegen.

Unsere direkte Demokratie, mit der die Bürger die Macht der Politiker beschränken, ist ein weltweiter Sonderfall. Kris W. Kobach von der Yale University hat 1993 in einem Buch über unsere „Referendumsdemokratie“ bewundernd festgehalten, die Schweiz habe seit 1848 mehr Volksabstimmungen durchgeführt als alle andern Staaten dieser Welt zusammen. Bis 1992 waren es 398 nationale Vorlagen, während es Australien als zweitplatziertes Land gerade mal auf 43 brachte. Der Schweizer Stimmbürger wird in einem Jahr öfter zur Urne gerufen als ein Engländer in seinem ganzen Leben!

Der „Magazin“-Chefredaktor hat am Samstag behauptet, die direkte Demokratie sei nicht mehr in Gefahr und daher werde die SVP im nächsten Jahrzehnt überflüssig. Nichts gegen die Wunschträume eines Tagi-Mannes, doch die Realität präsentiert sich dem politischen Praktiker etwas anders. SP, CVP und FDP haben den EU-Beitritt programmatisch verankert, unsere Regierung sieht ihn als „in Arbeit befindliches Projekt“. Auch diesbezüglich äusserte sich der EU-Delegierte Trojan unzweideutig: „Die Schweizer Unterhändler, die ich in Brüssel sah, sind begierig, der Europäischen Union beizutreten.“